

Außenpolitik – Fehler und Lehren

Bilanz rot-grüner Außenpolitik, UN-Reform, Irak, Iran-Krise

Fritz W. Peter

Reflexion im Dialog: Das Gespräch vollzieht sich zwischen zwei *Schröderland-Bewohnern*, einer mit eher positiver Meinung, einer mit eher skeptischem Blick. Jener sei mit **Nr.1** bezeichnet, dieser mit **Nr.2**, weil er derzeit „politisch zweitplatziert“ ist. Verbindende Klammer für beide ist der Ehrgeiz, einen Dialog zu führen. Ob dieser folgenlos bleibt, entscheidet sich in den Köpfen der Leser. [1] Der Dialog wird kontrovers geführt, ist aber offen, fair, konstruktiv. Beide Seiten tragen ihre Argumente vor. Gewichten Sie selbst, lieber Leser!

Zur außenpolitischen Bilanz

Nr.1: Um die Lage zu beschreiben, möchte ich unter'm Strich sagen: Konturen einer neuen Außenpolitik schälen sich heraus. Dies ist das Ergebnis rotgrüner Außenpolitik aus nur wenigen Jahren. Wir konnten vieles noch nicht erreichen, aber haben – alles in allem – einen hoffnungsvollen, guten Start hingelegt, auf dem aufgebaut werden muss.

Nr.2: Wenn ich die Fakten aufreihe, komme ich zu *anderen* Schlüssen:

>> Ein bedauerlicher Ansehensverlust deutscher Politik innerhalb Europas und ein Verlust an Einfluss in der atlantischen Gemeinschaft sind eingetreten. [2]

>> Die von Regierungsseite viel beschworene UN wurde von deutscher Politik *doppelt desavouiert*. Erstens – Sie erinnern sich – Schröder erklärte präemptiv, egal wie sich die UN in der Irak-Frage entscheiden würden, Deutschland werde sich unter keinen Umständen beteiligen; das war – vor aller Weltöffentlichkeit – Entlastung zur Unzeit für Saddam. [3] Zweitens forderte Schröder – auf Gastbesuch in Tokio – kurzerhand nicht nur einen Sitz für Deutschland im Sicherheitsrat der UN, sondern obendrein noch *Vetomacht*. [4] „Selbstbewusstsein“ dieser Art programmiert den diplomatischen Misserfolg!

Nr.1: Ja, das mag ungeschickt gewesen sein, aber wir sprechen ja gleich noch gesondert über das UN-Thema.

Nr. 2 : Das „Ungeschick“, wie Sie sagen, setzte sich fort:

>> Auf dem Rückflug – in Afghanistan – belastete er durch unpassende Äußerungen das Wahlverfahren [5] ...

>> und in der Tschetschenien-Frage sowie bei der Kommentierung der Wahlen in der Ukraine brüskierte er ohne Not andere EU-Länder und die OECD, die dazu kritisch Stellung nahmen. [6]

>> China, das Taiwan mit Invasion bedroht, wenn es seine Unabhängigkeit offiziell bekundet, versprach er vollste Unterstützung für den Rüstungsimport.

Die Liste *nicht zielführender* Aktionen dieser Regierung ließe sich fortführen. Positive Aspekte stehen dahinter zurück – sie hätten sich auch bei einer konservativ geführten Regierung gezeigt, so z.B. die Gestellung von Truppen für den Wiederaufbau in Afghanistan, eine notwendige und gute Maßnahme. Mein Fazit: Von einer „mageren“ Bilanz zu sprechen wäre unrichtig – es handelt sich um eine *negative!*

Nr.1: Die frühere deutsche Politik war doch der verlängerte Arm amerikanischer Interessen. Wir haben uns freigeschwommen. Diese Regierung zeigt in der Tat ein neues Selbstbewusstsein, daran werden sich auch die Amerikaner gewöhnen. Ein Großteil der Amerikaner sieht das ja übrigens ähnlich – nur damit Sie nicht meinen, ich sei anti-amerikanisch! Wir helfen den Amerikanern, wenn wir außenpolitische Abenteuer nicht mittragen, denn wir geben denen Auftrieb, dem liberalen Amerika, die ebenso dagegen sind. Wir treten ein für eine ans Völkerrecht gebundene Welt – und da sind wir auch mit der amerikanischen Zivilgesellschaft völlig einig.

Nr.2: Die rotgrüne Politik folgt zu einem Teil einer Logik, die darin besteht, sich abzusetzen vom angelsächsischen Modell. Dann braucht man aber Mitstreiter. Erst fand sich der verdutzte Chirac, der anfangs gar nicht glauben wollte, dass die Deutschen sich für gaullistische Politik erwärmen könnten. Jedoch sind die Grenzen dieser letztlich national-egoistischen Allianz schon deutlich geworden. Zuletzt buhlte Schröder besonders beim russischen Präsidenten. Die chinesi-

sche Führung wurde – wie gerade beschrieben – ebenfalls und mit problematischen Angeboten umworben, und auch Ghaddafi erhielt Besuch vom Kanzler. *Denn die rotgrüne Abgrenzungslogik gegen Washington bedingt*, dass man ein *HINTERLAND* sichert, um gegen das atlantische Kraftzentrum, dessen wirtschaftliche Macht und Dynamik, standhalten zu können. Es ist also erstens eine verharmlosende Bezeichnung, von Antiamerikanismus zu sprechen, wo es doch eher um Frontstellung gegen ein liberaleres, robusteres Wirtschaftsmodell geht, und zweitens Flucht und Rückfall in illusionäre Politikvorstellungen, so als könne man sich dem Takt wirtschafts- und technikbedingter dynamischer Veränderungen in einer vernetzten, globalisierten, marktliberalen Welt entziehen.

Nr.1: Unser Land ist energiewirtschaftlich abhängig. Gute Beziehungen z.B. zu Russland und Lybien sind im nationalen deutschen Interesse. Genauso ist der deutschen Wirtschaft durch gute Beziehungen zu China gedient. Dort findet im Moment ein Wettlauf zwischen den westlichen Industrienationen – nicht zuletzt auch zwischen uns und Frankreich – statt. Das verlangt den Einsatz der Politik. Schröder ist diesem Erfordernis nachgekommen. Was ist daran so falsch – von Einzelpunkten abgesehen?

Nr.2: Ich spreche einen grundsätzlichen Punkt an, ein langfristiges, grundlegendes Interesse. Verallgemeinert gesagt, man kann sich nicht in „Zweiter-Klasse-Beziehungen“ etablieren, sondern muss, bei einem dynamischen Kontext, stets auch in der „ersten Liga“ mitspielen. Das sog. Benchmarking der Unternehmen orientiert sich an „best practices“ – nicht grundlos! Nicht nur betriebswirtschaftlich, auch beim volkswirtschaftlichen Vergleich genügt eine mäßige Platzierung nicht, vielmehr bedeutet sie weiteren Abstieg. Der Versuch, sich z.B. längs der „Achse“ Paris-Berlin-Moskau in eine gemeinsame Defensivhaltung zu flüchten, ist Vogel-Strauss-Politik.

Nr.1: Dass wir Exportweltmeister sind und z.B. der A380, noch dazu als europäisches Produkt, zeigen doch, wie gut wir wirtschaftlich und technisch sind – oder sein können!

Nr.2: Von dem, was wir exportieren, wird gerade mal ein Viertel in unserem Land hergestellt. Vor 15 Jahren waren es 15% mehr – damals 40, heute nur etwa 25% Eigenanteil an den exportierten Erzeugnissen! *Noch* verfügen wir über Potenzial.

Aber viele Länder entwickeln ihre Potenziale schneller. Wer denkt bei dem Wort „Pisa“ heute noch an eine italienische Stadt? Welche Schlüsselindustrien haben bei uns noch Perspektive? Welcher Bürger und welcher Investor glaubt noch an politische Versprechen, die Sozialsysteme sanieren und die *Guinnessbuch-reife* Überregulierung vieler Lebensbereiche in unserem Land überwinden zu wollen? Man könnte sagen, wie der Bürokratismus bei uns, so sind z.B. der Zentralismus in Frankreich und der erneut zunehmende Autoritarismus in Russland Spielarten eines lähmenden Etatismus. Dahinter steht das Bild einer *zu verwaltenden* Gesellschaft, nicht das Bild einer *unternehmerischen* Welt – und in Wahrheit auch nicht dasjenige einer *selbstbestimmten* Zivilgesellschaft!

Nr.1: Dem letzteren kann ich folgen, aber es bleibt sehr allgemein und vielleicht etwas weit hergeholt. Wir müssen ja praktische Politik machen. Die Akteure sind zum einen die nationalen Regierungen, zum anderen die internationalen sowie supranationalen Organisationen. Auch Deutschland hat ein gleiches Anrecht auf die Vertretung seiner nationalen Interessen; dies geschieht durch die Politik der rotgrünen Regierung.

Nr.2: Zur *praktischen* Politik will ich gern etwas sagen.

Nr.1: Ja bitte, denn da liegt letztlich der Maßstab. Die Wähler hatten ja Gründe für ihre Entscheidung!

Nr.2: Massiv brüskiert wurden: die EU-Partner, insbesondere mit dem rotgrünen „Kerneuropa“-Konzept; ferner das Bündnis, u.a. bei der Weigerung, zum Schutz der Türkei Patriot-Raketen zu stationieren, danach beim Versuch, im Kielwasser Frankreichs gemeinsam mit Belgien und Luxemburg (!) eine militärische Parallelstruktur aufzubauen [7]; dann, wie erwähnt, die UN, sowie der transatlantische Partner, dem wahlwirksam – wohl kalkuliert – Abenteuerertum bescheinigt wurde [8] – eine rotgrüne Ministerin verstieg sich sogar zum Vergleich mit Hitler. Die Achsenbildung mit Paris und Moskau löste alte Ängste und energische Gegenreaktionen in vielen europäischen Hauptstädten aus und trieb für einige Zeit einen Keil in das Projekt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Das „Kerneuropa“-Konzept setzte dem guten Leumund Deutschlands als „Makler“ zwischen den Interessen der europäischen Partner ein Ende. [9] Das Verhalten im Bündnis stellte dieses vor eine nie dagewesene Zerreißprobe. Heute ist Rot-

grün heilfroh, dass z.B. in Afghanistan die deutschen Truppen in die Bündnisstruktur eingebunden sind. Soviel zur praktischen Politik, von der Sie sprechen. Muss ich die Aufzählung der Fehlleistungen fortführen?

Nr.1: Der multilaterale Ansatz der Bundesregierung hat sich doch bestätigt! Auch Washington erklärt jetzt, dass seine Partner einbezogen werden sollen. Insofern kann doch nicht alles falsch gewesen sein. Grundsätzlich war die von uns eingenommene Position richtig!

Nr.2: Dasselbe behauptet Washington auch!

Nr.1: Unsere Position war das schon immer, für Washington aber nicht!

Nr.2: Schröders Vorab-Festlegung, eine UN-Beschlussfassung zum Irak-Thema sei für ihn nicht maßgeblich, war offenkundig unilateralistisch. Das Kerneuropa-Konzept war ebenfalls eine *einseitige* Aktion, bei der sich Paris und Berlin zwar auf einander abstützten, die aber nicht Ergebnis einer Abstimmung mit den EU-Partnern war. Weitere Beispiele lassen sich nennen. Verbal wird stets gern der Multilateralismus gepriesen, das praktische Handeln stand auf einem *anderen* Blatt. Was wäre wohl, wenn Schröder und Rot-grün an den Schalthebeln einer Supermacht säßen und freie Wahl hätten – wo es ihnen doch offenbar jetzt bereits schwer fällt, sich in der EU und im Bündnis abzustimmen?

Nr.1: Das ist eine akademische Frage! Das Völkerrecht wäre uns jedenfalls auch dann wichtig!

Nr.2: Ein vollmundiges Versprechen!

Nr.1: Nein, eine Grundüberzeugung!

Nr.2: Eine schnell dahin gesprochene Überzeugung! Nach geltender Rechtslage völkerrechtswidrig war z.B. das Eingreifen der Nato auf dem Balkan. Dies war in der Amtszeit der rotgrünen Regierung! Der grüne Außenminister war vehement dafür eingetreten, wobei er – wie Sie sich vielleicht erinnern – den fahrlässigen Vergleich mit Auschwitz bemühte.

Nr.1: Es war eine schwierige Entscheidung!

Nr.2: Auch wenn sie richtig war – sie war völkerrechtswidrig! Eine „reine Weste“ hat diese Regierung weder in punkto Völkerrecht, noch, wie vorhin aufgezeigt, in punkto Multilateralismus. Aber sie spielt den Biedermann!

Nr.1: Es war eine Aktion gegen den Völkermord!

Nr.2: Sie weichen aus! Es fehlte der Beschluss des UN-Sicherheitsrats.

Nr.1: Unter diesem Gesichtspunkt haben Sie Recht.

Nr.2: Wenigstens hat die Balkan-Erfahrung – und dann vor allem die Irak-Erfahrung – einen Anstoß gegeben!

Nr.1: Wie meinen Sie das?

Nr.2: Der Vorschlag zur UN-Reform der hochrangigen Kommission, die dazu vor einem Jahr eingesetzt wurde, diskutiert ausführlich das Recht und die Pflicht zur präventiven Aktion, wenn Frieden und Sicherheit bedroht sind. Das bezieht sich nicht nur auf zwischenstaatliche Konflikte, sondern auch auf Fälle, in denen das Regime eines Landes die eigene Bevölkerung schweren Repressionen aussetzt. Wenn ein Staat seine Verantwortung nicht mehr wahrnimmt, so die Argumentation, dann ist es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, in diese Verantwortung einzutreten – sie ist dann zum Eingreifen verpflichtet. Dies kann je nach Lage der Dinge auch bedeuten, dass militärisch eingegriffen wird. Man erkennt leicht, dass die Irak-Erfahrung nachwirkt: Beliebiges Zuwarten im Sicherheitsrat birgt die Gefahr, dass erneut unilateralistisch gehandelt wird; dem vorzubeugen, soll der Sicherheitsrat handlungsfähiger und handlungsbereiter werden. In dem Bericht wird ein „proaktives“, ein „entschiedeneres“ und „früheres“ Handeln verlangt; erwartet wird „vom Rat eine bessere Arbeit als bisher“. Das sind deutliche Worte, die ohne den Anstoß der Irak-Erfahrung kaum gefallen wären, jedenfalls nicht in dieser Unmissverständlichkeit. [10]

Nr.1: Wollen Sie damit den Irak-Einmarsch nachträglich legitimieren?

Nr.2: Sie verstehen nicht: Ich will darauf hinweisen, dass sich die völkerrechtliche Interpretation in einer notwendigen Weise und Richtung weiterzuentwickeln begonnen hat – unter dem Eindruck politischer Erfahrungen. Verurteilung

der Intervention gibt doch noch keine Antwort auf die politischen Erfordernisse. Für die Politik bleibt es ein Kernanliegen, sich durch das Recht zu legitimieren; Rechtsbegriffe, andererseits, müssen sich als politikfähig erweisen. Politik und Rechtsverständnis sind aufeinander verwiesen, eine operative „Kompatibilität“ der Begriffe muss hergestellt werden. Sie sagten ja schon, es geht um praktische Politik, um Ergebnisse für den Souverän, die Menschen, die Völker.

Nr.1: Soweit einverstanden, aber die nächsten Bewährungsproben stehen schon vor der Tür. Wird sich Washington mäßigen?

Nr.2: Einhegung durch das Völkerrecht ist an Voraussetzungen gebunden; auch die Europäer werden sich bewegen müssen, nicht nur die Amerikaner. Schröder hat gerade „einen dringenden Appell an Iran gerichtet“, wie im Nachrichtenticker gemeldet wird. Vielleicht hat doch ein Überdenken bei ihm eingesetzt, dass der Verhandlungserfolg den Schulterschluss mit Washington zur Voraussetzung hat und der Eindruck von Unentschlossenheit konsequent vermieden werden muss, gerade wenn man einer eskalierenden Entwicklung und militärischen Auseinandersetzung entgehen will – so wie man sich im Kalten Krieg bis an die Zähne bewaffnen musste, damit es nicht zum Waffengang kommt.

Nr.1: Den Zustand wollten wir eigentlich hinter uns lassen!

Nr.2: Diese Paradoxien sind Realitäten! Sollen wir sie verdrängen?

Nr.1: Die *Bush-Regierung* verdrängt doch die Realität – z.B. im Irak!

Nr.2: Sollen *wir* deshalb die Realität der atomaren Aufrüstung im Iran verdrängen? Israel liegt in Reichweite! [11] [12]

Nr.1: Sie empfehlen also den Schulterschluss Schröders mit Bush? Ist das die Erwartung von Bush an Schröder – und der Grund für den anstehenden Besuch?

Nr.2: Darf ich dazu ein Gespräch zwischen Bush und Blair simulieren?

Nr.1: Wenn das zur Antwort beiträgt?

Nr.2: Es ist ein Stilmittel der Wahl ...

Nr.1: ... das wir ja auch schon verwenden – in unserem gedachten Gespräch!

Nr.2: Bush hat sich – wie auch früher – mit Blair beraten, die beide genau wie Schröder und wie jeder von uns die militärische Option nach Möglichkeit vermeiden möchten. Was Toni Blair George Bush gesagt hat, ist leicht zu erraten: Iran darf *einerseits* keine Chance haben, Atomwaffen zu entwickeln, aber es muss *andererseits* auch verhindert werden, dass es zum militärischen Showdown kommt. Das sei nur möglich bei absolut entschlossener und gleichgerichteter Verhandlungsführung, d.h. hier sei von allen Seiten Multilateralismus der praktischen Art gefragt! Das Ziel sei klar, der *gemeinsame Wille*, das Ziel zu erreichen, müsse genauso klar gemacht werden.

Nr.1: Der Erfolg ist dennoch fraglich!

Nr.2: Blair wird Bush sagen, Schröder hat viele Fehler gemacht: Entweder er hat daraus gelernt – für lernfähig halte er ihn – und steht jetzt konsequent für unnachgiebige Verhandlungen mit dem Iran zur Verfügung und hilft auch mit, Chirac ins Boot zu holen, oder der Militärschlag ist unvermeidlich und muss im Alleingang von den USA geführt werden. Dann wäre der Riss im Bündnis zwar endgültig, aber Schröder würde auch weiterhin wie bisher genug diplomatische und außenpolitische Fehler machen, so dass seine Rolle in Europa *auf keinen Fall dominant werden könne wie die von Kohl*, da sei sich Blair sicher. Also keine Gefahr einer wirklichen Gegenmacht – so die Londoner Sicht.

Nr.1: Glauben Sie, dass die Verhandlungen Erfolg haben werden? Da das ganze Szenario, das Sie mit Blair und Bush beschreiben, Spekulation ist, welche sonstigen Indikatoren könnte man vielleicht mit heran ziehen?

Nr.2: Zu achten sein wird darauf, inwieweit Bush jedes kritische Wort gegenüber Putin vermeidet, trotz aller sonstigen – auch ernst gemeinten – Freiheitsrhetorik. Putin ist zwar selbst auch froh, wenn an seiner Südflanke keine Atommacht entsteht, aber er muss sich ja nach außen einen anderen Anschein geben. – Doch lassen Sie uns jetzt zur Frage der UN-Reform übergehen ...

Nr.1: ... um genug Zeit für dieses Thema zu haben, in das ich einige Hoffnungen setze. Mich interessiert die Frage einer künftigen Zusammensetzung des Sicherheitsrats. Unsere Regierung hat sich dazu positioniert – das entspricht unserem Gewicht als Beitragszahler.

Zur UN-Reform

Nr.2: Die Sitzverteilung im Sicherheitsrat ist vor allem eine *strategische* und auch komplexe Frage. Ich möchte Sie aber nicht mit allem behelligen, was ich in meiner Arbeit zu diesem Thema angeführt habe, nur einen wichtigen Grundaspekt möchte ich zunächst nennen.

Nr.1: Der wäre?

Nr.2: Der wäre ein doppelter, nämlich, den Sicherheitsrat nicht mit Erwartungen zu überfrachten und zur Erreichung dieses Zwecks einen Vorschlag zu machen. Der Gedanke ist auch im Reform-Vorschlag der Kommission angelegt, er muss nur konsequent umgesetzt werden.

Nr.1: Sie machen es spannend!

Nr.2: Das Prinzip *regionaler Selbsthilfe* ist auch im Kommissionsvorschlag angesprochen, in Bezug auf die Frage der Besetzung des UN-Sicherheitsrats wird es aber nicht genug aufgegriffen. Wir können keinen Welt-Zentralismus fördern, vielmehr muss „vor Ort“, in den Regionen, ein Teil der ständig wachsenden Aufgaben wahrgenommen werden. So kann auch der Sicherheitsrat seinen wichtigsten Aufgaben gerecht werden, indem er sich nicht verzettelt, und die Regionen können mit ihren Aufgaben wachsen – wie man so schön sagt! Dies gelingt nur, wenn Verantwortung wirklich auch vor Ort liegt!

Nr.1: Klingt annehmbar.

Nr.2: Um den Regionen eine angemessene Vertretung zu ermöglichen und sie damit verstärkt auf ihre Mitverantwortung festzulegen, müssen sie auch als Regionen im Sicherheitsrat erkennbar repräsentiert sein – jedenfalls in Ansätzen, z.B. sollte Europa auch mit einer gemeinsamen Stimme vertreten sein.

Nr.1: Dies müsste dann aber auch für andere Regionen gelten. Wie soll das gelingen, wenn unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats einerseits Europa überrepräsentiert ist – mit England und Frankreich sowie Russland, das man ja auch dazu rechnet [13] – zum anderen nur einzelne Staaten, nicht aber Regionalbereiche, vertreten sind? Änderungen mögen zwar schön und gut sein,

aber man wird sie nicht *gegen* die Zustimmung dieser Staaten durchboxen können, und warum sollten diese Staaten, z.B. England und Frankreich, sich darauf einlassen?

Nr.2: Die Arithmetik der Zusammensetzung des Sicherheitsrats muss gerechter werden, da gebe ich Ihnen Recht! Das fordert auch der Kommissionsvorschlag, und dazu habe ich in meiner Arbeit auch selbst einen Vorschlag gemacht. Das lässt sich also durchaus darstellen! Aus Zeitgründen kann das hier nicht systematisch geschehen. Stattdessen springe ich ins Thema hinein, wenn Sie erlauben: Europa könnte zunächst einen Sitz erhalten, und zwar ergänzend zu den Sitzen von England und Frankreich. In späteren Jahren, z.B. ab 2010, könnte Europa dann zwei Sitze einnehmen, wenn sich England und Frankreich *einen Sitz teilen*, mit anderen Worten, sie wären dann *nicht beide gleichzeitig* vertreten, sondern wechseln sich mit ihrem nationalen Sitz, z.B. in jährlicher Rotation, ab. [14]

Nr.1: Verstanden, aber die Realisierungschancen erscheinen mir gering!

Nr.2: Ja, wie soll es gelingen, die beiden nationalbewussten Länder zu bewegen, ihre singuläre Position einzuschränken, teilweise zu relativieren? Aus gegenwärtiger Sicht erscheint die Chance als gering – ein sich weiter integrierendes Europa wird jedoch sein Stimmgewicht einfordern und den Sonderstatus der beiden Länder – von künftig fast dreißig (!) Ländern – in seiner *Unverhältnismäßigkeit* zunehmend problematisieren. Auch geht das Gewicht jedes der beiden Länder *insofern nicht verloren*, als deren Bedeutung für die Festlegung des europäischen Votums steigt. Denn, wenn beispielsweise England im Turnus den „nationalen“ Sitz einnimmt und Frankreich als Teil des „Euro-Sitzes“ votiert, so wird naturgemäß der Einfluss Frankreichs auf die Formulierung des „Euro-Votums“ größer sein als derjenige Englands. Gleiches gilt *umgekehrt*, wenn beide turnusmäßig ihre Rolle tauschen.

Nr.1: Das wird die beiden Länder kaum überzeugen!

Nr.2: Angesichts der internationalen Sicherheitslage ist abzusehen, dass die Anforderungen an die beiden Länder – finanziell und militärisch – kaum abnehmen werden, eher werden sie durch die wachsenden technologischen Anforderungen

steigen. Unter den hohen Kosten für den Nuklearstatus leiden in beiden Staaten die Gesamtstreitkräfte schon seit langem; nach Synergien zu suchen, bietet sich an! Auf anderem Gebiet, z.B. im Bau von Flugzeugträgern, ist rüstungspolitische Zusammenarbeit bereits vereinbart. Ein „Pool“ der Nuklearpotentiale könnte sich für beide Länder künftig auch als Chance darstellen.

Nr.1: Als Denkanstoß kann ich mir das vorstellen!

Nr.2: Es bleibt ein weiter Weg, der aber greifbare Vorteile haben könnte. Solche Vorteile lägen übrigens auf allen Seiten, auch beim übrigen Europa: Die beiden europäischen Nuklearmächte wären verstärkt aufgerufen, ihre jeweiligen Sichtweisen in den europäischen Konsens einzubringen. Dies könnte einerseits teilweise vorhandene Verständnisbarrieren – z.B. der europäischen Nicht-Nuklearmächte gegenüber den Partnern mit nuklearer Verantwortung – überwinden helfen, andererseits das Gewicht des „Euro-Votums“ im Sicherheitsrat insgesamt erhöhen, da es sich nun als „integrales“ Votum darstellen würde – in der Außen- darstellung wie auch in der Binnenwirkung.

Nr.1: Für Europa wäre die Verlagerung des Stimmrechts, wie Sie es darstellen, ein Impuls für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und politisch ein interessantes Gestaltungsfeld?

Nr.2: Bei der Verlagerung des Stimmrechts müsste – nur als Hinweis – übrigens nicht zwangsläufig das Vetorecht mit übertragen werden. In der angesprochenen Arbeit ist der Punkt eingehend behandelt – hier will ich das nur als Gestaltungshinweis erwähnen.

Nr.1: Das müssen Sie näher erläutern!

Nr.2: Am Beispiel kann ich es kurz tun: Bisher gibt es bekanntlich die fünf Veto-Mächte. Wenn England-Frankreich im Wechsel einen Sitz halten, und falls man es bei insgesamt fünf Veto-Stimmen belassen möchte, dann könnte dieses freigewordene Veto-Recht an eine andere Region gehen, die bislang trotz Größe, Bedeutung und Nuklearbesitz nicht berücksichtigt war – ich meine die Länder Indien und Pakistan. Auch sie könnten den Sitz gemeinsam halten, z.B. durch jährlichen Wechsel. [15]

Nr.1: Sie wären dann sozusagen in die Rechte des vormaligen kolonialen Mutterlands eingetreten: eine interessante Wendung – und der Zeit und den Perspektivzielen der Entwicklung angemessen!

Nr.2: Es wäre auch ein Zeichen ihrer Emanzipation – *und Mitverantwortung!*

Nr.1: Ihrer Gleichberechtigung – man gesteht ihnen gleichen Status zu!

Nr.2: Die Überzeugungskraft des europäischen Votums würde durch die alternierende Integration des Einzelstimmrechts jeweils entweder Englands oder Frankreichs sowie durch die Abtretung des 5. Veto-Sitzes an Indien/Pakistan erhöht. Durch letztere Maßnahme könnte für die europäische Position sehr viel Glaubwürdigkeit in der Welt zurück gewonnen werden – somit auch für die ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich! Ein gereiftes politisches Urteil wäre sichtbar, das durchaus neuen Glanz werfen würde. Eine Schwächung des europäischen Einflusses träte überdies nicht ein, vielmehr würden Gewicht und Symbolwert des Euro-Votums erhöht.

Nr.1: Da kommen einige Argumente zusammen!

Nr.2: Um einige davon nochmal zusammenzufassen: England und Frankreich können mit der freiwilligen, partiellen Einschränkung ihrer fragwürdig gewordenen Sonderstellung im Sicherheitsrat, ein Privileg, das *disproportional* erscheinen muss, ein *glaubwürdiges* und *sachbestimmtes* Handeln demonstrieren. Beide Staaten sollten die Reformdiskussion als Chance sehen, sich an die veränderten Wirklichkeiten – seit Gründung der UNO sind immerhin ihre Kolonialreiche untergegangen – aktiv anzupassen. Europa als Ganzes ist zeitgleich ein bedeutender „Player“ geworden. Der „Hebel“ für die beiden Staaten sollte daher mehr und mehr das „europäische Votum“ sein. Wenn dieser rationalen Linie gefolgt würde, könnte auch gegenüber anderen Staaten politischer Realismus mit mehr Autorität angemahnt werden. Eigenes sachbestimmtes Entscheidungsverhalten verleiht dem Votum Europas auch nach außen Nachdruck.

Nr.1: Wir haben allerdings hier „ohne den Wirt“ gesprochen! Ob z.B. Indien mit einer solchen Konstruktion – zusammen mit Pakistan – überhaupt einverstanden wäre, ist ja nicht ausgemacht.

Nr.2: Es lassen sich allerlei Gründe anführen, dass sie es tun würden. Aber lassen Sie uns darüber beim nächsten Mal sprechen. Aus aktuellem Anlass würde ich jetzt gern noch ganz kurz etwas zum Thema Iran, und zwar unter Bezugnahme auf unser UN-Thema, sagen.

Nr.1: Über die Möglichkeit eines deutschen Sitzes im Sicherheitsrat sollten wir dann wohl auch beim nächsten Mal sprechen. In Ihrer Konzeption scheint er ja nicht eingeplant zu sein?

Nr.2: Mit den bisherigen Begründungen müsste Ihnen das doch eigentlich sogar gefallen, obwohl Sie auf der rotgrünen Seite stehen, denn die Argumente sind sowohl progressiver als der nationalstaatliche Ansatz, als auch mehr auf die „Basis“ orientiert, ein Begriff, den Sie ja immer gern im Mund führen – in diesem Fall die internationale Basis der *Regionen!*

Nr.1: Jetzt fordern Sie mich heraus! Aber kommen wir doch besser nochmal auf das Iran-Thema, denn da war unsere Verständigung etwas schwierig und bleibt es wahrscheinlich auch.

Nr.2: Sie meinen, damit wir zum Schluss doch noch zu einem *Streitgespräch* kommen? Vielleicht muss ich Sie sogar in diesem Punkt enttäuschen!

Zur Iran-Krise

Nr.1: Sie wollten etwas zum Iran-Thema sagen.

Nr.2: Der Iran hat aufgrund seiner Geschichte und Kultur und der schiitischen Glaubensrichtung seiner Bevölkerungsmehrheit eine besondere Stellung im islamischen Raum und kann regional nicht einfach den arabischen Nachbarn des Mittleren Ostens zugeschlagen werden, jedenfalls nicht ohne dabei seine Differenz und historisch-kulturelle Eigenständigkeit zu berücksichtigen. [16]

Nr.1: Es war seit seiner frühesten Geschichte über viele Jahrhunderte ein eigenes Reich und ein Kulturraum ...

Nr.2: ... ein Gebiet, das in den Jahrhunderten nach Mohammed niedergeworfen wurde durch arabische Überfremdung, die – was gar nicht so bekannt ist – fast

bis zur *Auslöschung der eigenen Sprache* führte, deren Erhalt und Wiederbelebung eigentlich erst durch den „Rücktransport“ aus dem benachbarten Afghanistan ermöglicht wurde, weil dieses letztere Land sich auch damals schon imperialistischen Bestrebungen jedenfalls teilweise zu widersetzen verstand, mit anderen Worten, der Iran ist ein Land ...

Nr.1: ... das seine Identität sucht oder verteidigen muss und misstrauisch ist gegen kulturelle und politische Einflussnahmen von außen ...

Nr.2: ... und nun allerdings in der Aufrüstung zur Nuklearmacht einen verfehlten Ansatz verfolgt, um nationale Stärke zu etablieren. Wie kann man schonend mit dieser Situation umgehen und dennoch erreichen, dass das für die Region – und darüber hinaus – inakzeptable Projekt der Aufrüstung zur Atommacht abgebrochen wird?

Nr.1: Je mehr Druck aufgebaut wird, desto mehr werden sie sich versteifen!

Nr.2: Um hier Ansätze für diplomatisches Handeln zu finden, könnte – über das hinaus, was schon versucht wird – überlegt werden, ob dem Iran ein *fester Sitz* im UN-Sicherheitsrat angeboten werden sollte. In meinem Beitrag habe ich eine „regionale Arithmetik“ erörtert, nach der dies möglich wäre. Nach dem darin vorgeschlagenen Modell käme man sogar auf weniger Sitze insgesamt, nämlich 20, als es die Kommission vorschlägt – mit 24. Also „regional-technisch“ wäre dies sehr wohl und sehr gut darstellbar. [17] Fraglich ist, ob der politische Wille mobilisiert werden soll und kann.

Nr.1: Zumindest erwägenswert erscheint mir dies. Man kann dem Iran als Kompensation nicht nur *wirtschaftliche* Zusammenarbeit anbieten, denn es geht bei diesem Streit um *politisches* „Kapital“ und Prestige.

Nr.2: Zudem, wenn einerseits das *sunnitische* Pakistan in der beschriebenen Weise prominent vertreten wäre, sollte andererseits auch der *schiiitische* Iran repräsentiert sein, als Element des Proporztes. [18] Um einige weitere Gedanken einzuwerfen: Man könnte im Fall des Iran auch einen Sicherheitsrats-Sitz, der alternierend besetzt wird von Iran einerseits und Nachbarn der Region andererseits, ins Gespräch bringen. Dies ließe sich an Bedingungen knüpfen ...

Nr.1: Sie meinen den Verzicht auf nukleare Rüstung?

Nr.2: Zum Teil dies, aber ich denke auch an Menschenrechts- und Bürgerrechtsaspekte, wie die Beachtung von Minderheitenrechten. Man wird nicht gleich eine grundlegende Demokratisierung fordern können, aber doch wenigstens gewisse Erleichterungen z.B. für diskriminierte Bevölkerungsgruppen.

Nr.1: Das erinnert an den Menschenrechts-„Korb“ der KSZE. Das hat damals sogar erhebliche Wirkung gehabt. Auch bei geringerer Wirkung wäre schon etwas erreicht.

Nr.2: Mir geht es darum, dass nicht allein das Mullah-Regime einen „Achtungs“-Erfolg verbuchen kann, wenn Iran z.B. einen prominenten Sitz bekäme, sondern die Zivilgesellschaft in diesem Land in den Verhandlungen und den Ergebnissen der Verhandlungen einen Gewinn sehen kann.

Nr.1: D'accord, jedenfalls muss das Verhandlungsangebot den Iranern lohnenswert erscheinen, wenn es wirken soll!

Nr.2: Es wäre auch ein Zeichen an die ganze islamische Welt.

Nr.1: Völlig richtig! Aber ein derartiges Verhandlungsangebot werden die Amerikaner nicht mittragen!

Nr.2: Warum immer gleich die Amerikaner verdächtigen? Was ist mit England, Frankreich und Deutschland als den europäischen Verhandlungsteilnehmern? Wichtig ist, dass es zum eindeutigen Schulterschluss kommt. Was im Einzelnen verhandelt wird, kann wenig oder viel sein. Es muss nur wirklich übereinstimmend mitgetragen und durchgefochten werden. Sowie sich erste Risse in der Verhandlungsführung zeigen, wird der Erfolg gefährdet, weil der Verhandlungspartner auf der anderen Seite des Tisches dadurch ermuntert würde, auf Zeit zu spielen, und weil der Partner auf der anderen Seite des Atlantik diesen Verlauf nicht hinnehmen könnte. Washington ist es ernst mit der Verhinderung der nuklearen Option für den Iran – und das ist gut so! Dazu darf es nicht kommen, und wenn die beteiligten europäischen Regierungen dies nicht gleichsam „überdeutlich“ machen, provozieren sie amerikanische „Nervosität“ und wirken darauf hin, dass unilateralistische Lösungen wahrscheinlicher werden.

Nr.1: Und wenn auch der kombinierte Druck keine Ergebnisse zeitigt?

Nr.2: Dann entsteht für Europa und Amerika und das transatlantische Verhältnis eine weittragende Entscheidungssituation? Aber wir können dies nicht dadurch verhindern, dass wir das im Iran sich stellende Problem ignorieren und erst gar nicht anpacken!

Nr.1: Diese Entscheidungssituation ist auch ein Entscheidungsdilemma!

Nr.2: Ja, sicher erscheint nur eins: Wenn nicht mit aller Konsequenz verhandelt wird, ist der Weg zu diesem Entscheidungsdilemma geradezu vorgezeichnet. Die Chance, dass es zu Ergebnissen kommt, muss gewahrt werden – daher der Vorschlag, mit klarer Zielvorgabe und definiertem Zeitfenster konsequent zu verhandeln und dies auf der Basis eines attraktiven Angebots zu tun.

Nr.1: Da liegen wir gar nicht so weit auseinander?

Nr.2: Dialog erscheint also möglich. Vielleicht gilt dies ja auch für den Dialog auf anderer, höherer Ebene?

Nr.1: Sie meinen den transatlantischen Dialog?

Nr.2: Wenn wir ernsthaft daran arbeiten würden – die Alten Europäer nicht ausgenommen!

Nr.1: Vielleicht, wenn die Bush-Regierung ihren Dünkel aufgibt!

Nr.2: Mir scheint, der europäische Dünkel gegenüber Präsident Bush – ähnlich wie seinerzeit gegenüber Präsident Reagan, dessen Verdienste inzwischen anerkannt werden – ist mindestens so ausgewachsen wie z.B. bei der damaligen Äußerung von Herrn Rumsfeld! [19] [20]

Nr.1: So haben wir nun doch endlich unser'n Streit! Ich war schon besorgt um meine politische Identität! Und wenn sie möchten, lasse ich Ihnen jetzt sogar das letzte Wort.

Nr.2: Sie gönnen mir *ein* letztes Wort – es lautet, danke!

Nr.1: Ja, wir bedanken uns für dieses Gespräch!

Anmerkungen:

[1] *Technischer Hinweis:* Die Gesprächspartner nehmen gelegentlich unausgesprochen Bezug auf Texte, auf die an den jeweiligen Stellen durch geklammerte Zahlenangaben verwiesen wird. Diese Texthinweise sollen unterstreichen, dass nicht nur *Meinungsaustausch*, sondern der Wunsch nach *Urteilsbildung* als Motiv „die Feder führt“ / „den Gesprächsfaden bildet“.

[2] Vgl. Peter, „Schöder, Chirac: *Re-Nationalisierung der Politik*“, Okt.'04, Internet-Veröffentlichung: http://www.wadinet.de/news/dokus/Das_Alte_Europa.pdf

[3] Ebenda, Kapitel 4 und 5

[4] Vgl. Peter, „*Eine gerechte und zukunftsgerechte UN-Sitzverteilung*“, Dez.'04, http://www.wadinet.de/news/dokus/Reform_UN-Sicherheitsrat.pdf, Kap. 3, S.10

[5] „Schöder, Chirac ...“, a.a.O., Kap.1, Abschnitt: „*Banale aber wertvolle Einsicht*“, Absatz: „*Anmerkung*“, S. 4/5; Kap. 4, S.12

[6] „Schöder, Chirac ...“, a.a.O., Kap. 3, Abschnitt: „*Doppelte Standards*“, S.11; Kap. 4, S.12; Kap. 5, Abschnitt: „*Moral zeigt sich erst bei schwierigen Themen*“, S.15/16; Kap. 6, Abschnitt: „*Bilanz rotgrüner Politik*“, S.18; Anm.1, S. 21/22

[7] „Schöder, Chirac ...“, a.a.O., Kap. 6, Abschnitt: „*Ellenbogenpolitik*“, S.18, u. Anm. 2, S. 22

[8] Gerhard Schröder, bei seinem Wahlkampfauftritt in Hannover am 5.8.02:

„Wir sind zu Solidarität bereit. Aber dieses Land wird unter meiner Führung für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen.“

„Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention, davor kann ich nur warnen. Dass ist mit uns nicht zu machen, meine Damen und Herren.“

[9] „Schöder, Chirac ...“, a.a.O., Kap. 6, Abschnitt: „Ellenbogenpolitik“, S.18, u. Abschnitt: „Zusammenfassende Wertung“, S.19/20

[10] Kommissionsbericht zur UN-Reform: „*A more secure world: our shared responsibility. Report of the High-level Panel on Threats, Challenges and Change*“, u.a. in: Dok. A / 59 / 565, UN-Generalversammlung, 59. Sitzung / Agenda item Nr. 55, 2.12.04, S. 8-99; Web-Adr. u.a. <http://www.un.org/secureworld/> ; Ziffern 194 u. 198

[11] „Schöder, Chirac ...“, a.a.O., Kap. 6, Abschn. „*Beispiel Frankreich*“, S. 5f, u. „*Die Irak-Erfahrung – Lehrstunde für Völkerrechtler?*“, Teil 1, April '04, Kap. 7, Abschn. „*Beispiel Frankreich*“, S. 30f, abrufbar unter

http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-1.pdf

http://www.wadinet.de/news/dokus/Voelkerrechtsfrage_Irak_Teil-2.pdf

[12] Der am. Vizepräsident Cheney äußerte sich in einem MSNBC-Interview am 21.1.05, einige Stunden vor der Amtseinführung Präsident Bushs, u.a. wie folgt:

„Given the fact that Iran has a stated policy that their objective is the destruction of Israel, the Israelis might well decide to act first, and let the rest of the world worry about cleaning up the diplomatic mess afterwards.“

„We don't want a war in the Middle East, if we can avoid it.“

„Certainly in the case of the Iranian situation, I think everybody would be best suited by or best treated and dealt with if we could deal with it diplomatically.“

Falls die Verhandlungen scheitern, so Cheney, würden die USA den UN-Sicherheitsrat auffordern, Sanktionen gegen den Iran zu verhängen, um die Einhaltung der Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrags zu erzwingen. Vgl. Jim Vandehei, „*Cheney Warns of Iran As a Nuclear Threat*“, in: Washington Post, 21.1.05, S. A02

Ergänzend dazu: Ulrich W. Sahm, Jerusalem: „*Der Krieg gegen Irans Atombombe*“. Sahm bezieht sich in seinem Kommentar auf die Äußerungen Cheneys; <http://www.nahost-politik.de/iran/atombombe.htm>

[13] „*Eine gerechte ...*“, a.a.O., Kap. 2, vgl. Tabellen, Rubrik „Europa“, S. 5

[14] „*Eine gerechte ...*“, a.a.O., Kap. 3 u. 4, Übersichten 3, 4 u. 5

[15] „*Eine gerechte ...*“, a.a.O., Kap. 4, S.11f, S.17, S.19

[16] „*Eine gerechte ...*“, a.a.O., Kap. 4, S.14

[17] „*Eine gerechte ...*“, a.a.O., Kap. 3 u. 4, Übersichten 3, 4 u. 5

[18] Der schiitische Bevölkerungsanteil in Pakistan beträgt etwa 20%. Zwischen beiden Glaubensgruppen haben sich die Spannungen in den vergangenen Jahren weiter verschärft, mit einer zunehmenden Zahl blutiger Anschläge.

[19] „*Schöder, Chirac ...*“, a.a.O., insbes. Kap. 1 sowie Kap. 3 – 6; als gekürzte Fassung, betitelt: „*Plädoyer gegen europäische Überheblichkeit*“, abrufbar unter <http://www.nahost-politik.de/europa/aussenpolitik.htm>

[20] Vgl. auch: Dorothee Werner-Mang, „*Die Arroganz der Ohnmacht*“ (2002), in: „*Gelber Briefdienst*“, abrufbar unter

http://www.sicherung-des-friedens.de/archiv/beitraege/werner-mang-arroganz_ohnmacht.pdf

Anhang:

Ergänzend sollen einige aktuelle Beiträge zitiert werden, die zum Hintergrundverständnis dessen beitragen, was im vorgelegten Dialog nur „angerissen“ oder angedeutet werden konnte.

Werner Mussler, „*Der Sonntagsökonom*“: „*Rette sich, wer kann!*“, Untertitel: „*Wenn Chirac und Schröder sich als Ökonomen aufspielen, wird es gefährlich für die Wirtschaft*“, in: Frankf. Allgem. Sonntagszeitung, 30.1.05, S. 32, im Wirtschaftsteil. Dieser letztere Artikel ordnet sich dem Thema „Etatismus“ im Dialog-Text ein; es werden die gleichen prominenten „Apostel“ dieses Handlungsmusters namhaft gemacht.

Thomas Schmid: „*Mission possible*“, in: Frankf. Allg. Sonntagszeitung, 30.1.05, Leitartikel, S. 12

Nasir Flayih Hassan: „*Keine Tyrannenfeinde*“, in: Frankf. Allg. Sonntagszeitung, 30.1.05, Gastkommentar (auf der Innenseite der Titelseite). Hier handelt es sich um einen leicht gekürzten Beitrag des Autors in einer Internet-Veröffentlichung in: FrontPageMagazin.com:

„*How the Left Betrayed My Country – Iraq*“, 3.1.05, unter <http://www.frontpagemag.com/Articles/ReadArticle.asp?ID=16513>

Übersetzung (v. Fritz W. Peter) unter <http://www.wadinet.de/news/iraq/newsarticle.php?id=602>

und unter <http://www.nahost-politik.de/irak/hassan.htm>

Ergänzend ist auf einen weiteren Beitrag dieses Autors hinzuweisen, der hinter die flache Berichterstattung des derzeit marktüblichen Journalismus blicken lässt: Nasir F. Hassan: „*Iraqis and the Real Resistance*“, 24.1.05, unter <http://www.frontpagemagazine.com/Articles/ReadArticle.asp?ID=16740>